

## PROTOKOLL

über die am Dienstag, dem 5. September 2006, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

### Anwesend waren:

Bgmst. Johann Karl                      SPÖ

### Die Stadträte:

Josef Daubeck                              SPÖ  
Ing. Ernst Escher                         SPÖ  
Robert Michl                                SPÖ  
Robert Pintz                                SPÖ  
Christine Beck                              ÖVP  
Rene Lobner                                 ÖVP

### Die Gemeinderäte:

Johann Beier                                SPÖ  
Kurt Burghardt                             SPÖ  
Kerstin Cap                                 SPÖ  
Franz Csucker                             SPÖ  
Ernst Gugler                                SPÖ  
Franz Irlvek                                SPÖ  
Olga Pamperl                                SPÖ  
Josef Pürschl                                SPÖ  
Christine Rohatsch                        SPÖ  
Markus Schönbauer                        SPÖ  
Herbert Schweiger                        SPÖ  
Michael Tkadlec                            SPÖ  
Christian Worlicek                         SPÖ

Helene Kästner                            ÖVP  
Johannes Kruty                             ÖVP  
Roman Reissig                             ÖVP  
Margarete Scheidl                        ÖVP  
Rudolf Stöger                              ÖVP

Gerhard Krammer                         GRÜNE  
Ernst Nadler                                GRÜNE  
Volker Weiss                                GRÜNE

Franz Weindl                                FPÖ

### Entschuldigt abwesend:

Annemarie Burghardt                    SPÖ  
HR. Dr. Gerhard Janda                    SPÖ



- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

16. Vier Pfoten – Bittleihvereinbarung
17. Vereinbarung – Verlegung einer Stromleitung, Pz.Nr. 2476
18. Grundstücksankauf an der Novofermstraße
19. Schenkungsvertrag EZ. 992, Grundbuch 6031 Deutsch-Wagram
20. Verleihung von Sportehrenzeichen
21. Verleihung von Ehrenringen
22. Personalangelegenheiten
23. Förderung Alternativer Energiequellen

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass er gemäß § 46 der NÖ. Gemeindeordnung den Punkt 15 „Förderung von alternativen Energiequellen – Änderung der Richtlinien“ von der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung absetzt.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag (Beilage 1) der ÖVP-Fraktion eingebracht wurde. Der Dringlichkeitsantrag hat folgenden Inhalt:

- Erstellung eines Konzeptes für die Errichtung einer höheren bzw. weiterführenden berufsbildenden höheren Schule

Der Bürgermeister verliest in weiterer Folge den Dringlichkeitsantrag. Herr Bürgermeister Johann Karl stellt hierzu fest, dass es bereits seit Jahren zwei Studien bzw. Konzepte gibt. Dieses Konzept wurde an das Bundesministerium für Unterricht und an den Landesschulrat gesandt. Weiters hat die Stadtgemeinde Gänserndorf bereits ein Grundstück, welches im Besitz der Stadtgemeinde Gänserndorf, entsprechend gewidmet. Er auch immer wieder die Damen und Herren des Gemeinderates zur Zusammenarbeit eingeladen. Es hat auch einmal eine gemeinsame Vorsprache (StR. Christine Beck und Bgmst. Johann Karl) beim Landesschulrat gegeben. Es wurde auch immer auf die geburtenschwachen Jahrgänge verwiesen. Diesbezüglich kann Gänserndorf dem nicht zustimmen. Die geburtenschwachen Jahrgänge kann man sicher bei einigen Regionen (z.B. Waldviertel durch Absiedelung) als Begründung heranziehen. Tatsache ist jedoch, dass Gänserndorf einen enormen Zuzug verzeichnet. Ist der persönlichen Ansicht, dass dieser Dringlichkeitsantrag nur auf Grund der kommenden Nationalratswahlen gestellt wurde. Stellt fest, dass Dringlichkeit der Errichtung einer höheren bzw. weiterführenden höheren Schule bereits seit acht Jahren gegeben ist. Er wurde jedoch diesbezüglich immer wieder belächelt. Die bereits erstellte Studie enthält alle Fakten. Ist der Ansicht, dass im gestellten Antrag die Begründung der Dringlichkeit nicht gegeben ist.

Herr GR. Rudolf Stöger ist verwundert, dass der Punkt bereits jetzt behandelt wird und nicht erst über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung abgestimmt wird. Kennt beide Konzepte. Tatsache ist, dass das Konzept nur 7 Seiten enthält. Stellt fest, dass im Konzept nichts über die Finanzierung aufscheint. Ohne ein Finanzierungskonzept, in welchem die Gemeinde den Schulbetrieb die ersten beiden Jahre finanziert (wie man zur Zeit am Beispiel Korneuburg sieht), wird es keine weiteren Verhandlungen mit dem Bund bzw. Landesschulrat geben. Die Bereitstellung eines Grundstückes wird zu wenig sein. Ohne das angesprochene Finanzierungskonzept wird es keine Verhandlungen geben. Versteht nicht, dass der Bürgermeister gegen die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung stimmt.

Herr Bürgermeister Johann Karl stellt fest, dass das Konzept 60 Seiten umfasst. Bezüglich Korneuburg teilt der Bürgermeister mit, dass die Errichtung des Gymnasiums von der Gemeinde finanziert wird. Dieses Projekt wurde vom Landeshauptmann und vom Landesschulrat befürwortet. Seiner Meinung nach sollen die Eltern keinen Schulerhaltsbeitrag bezahlen. Dies war in Gänserndorf vor vielen Jahren, wie die Gemeinderäte wissen (HAS/HAK unter Verwaltung der Wiener Kaufmannschaft), der Fall. Bezüglich der höheren Schule hätte es auch eine Kooperation mit der OMV bereits gegeben. Hier wäre das erste Jahr kostenlos gewesen.

Herr GR. Roman Reissig stellt fest, dass das Konzept sicher 60 Seiten hat. In diesen 60 Seiten sind die Studien und das Konzept enthalten. Das Konzept selbst hat nur sieben Seiten, der Rest sind Studien. Versteht nicht, warum in den letzten 8 Jahren nichts geschehen ist. In Mistelbach wurde die Errichtung einer höheren Schule in 1,5 Jahren umgesetzt, in Korneuburg dauerte es sogar nur ein halbes Jahr. In Korneuburg gibt es nur deshalb Unstimmigkeiten, weil die Korneuburger Schüler kein Schulgeld bezahlen müssen und die Schüler aus den umliegenden Gemeinden Schulgeld bezahlen müssen. Stellt fest, dass es hier nicht um Bundespolitik geht.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt Herrn GR. Roman Reissig insofern Recht, dass es hier vorrangig um die Jugend geht. Zu Korneuburg stellt er fest, dass die Umlandgemeinden von Korneuburg nicht gewillt sind, einen Gemeindeverband zu gründen. Im Falle einer Gründung eines Gemeindeverbandes wird der Schulaufwand auf Grund der Schülerzahl auf alle Gemeinden aufgeteilt. Es kann nicht sein, dass Korneuburg für den gesamten Schulaufwand aufkommt. Gibt bekannt, dass er alle einlädt, gemeinsam mit den zuständigen Stellen über die Errichtung einer höheren Schule in Gänserndorf zu verhandeln.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass es hier um den Dringlichkeitsantrag geht. Die ÖVP ist im Stadtrat vertreten und hätte bereits dort dieses Thema andiskutieren können. Jetzt zu diskutieren ist sicher nicht sinnvoll. Warum wird dieses Thema nicht im zuständigen Ausschuss behandelt. Was hindert uns daran, es jetzt dem Ausschuss zuzuweisen. Herr GR. Roman Reissig stellt fest, dass die Errichtung einer höheren Schule bis jetzt in die Kompetenz des Bürgermeisters gefallen ist. Herr GR. Volker Weiss sieht kein Problem, wenn dieses Thema jetzt dem Schulausschuss zugewiesen wird.

Herr GR. Rudolf Stöger gibt bekannt, dass der Antrag nicht deshalb gestellt wurde, weil am 1. Oktober Nationalratswahlen stattfinden. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde bei einem Tagesordnungspunkt vom Bürgermeister gefragt, ob wir „Macher oder Zuseher“ sind.

Herr Bürgermeister Johann Karl bekennt sich zu dieser Aussage. Macht die Zusage, dass die Errichtung einer höheren Schule in Gänserndorf noch im heurigen Jahr in einem größeren Gremium behandelt wird. Herr Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, dass dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP die Dringlichkeit nicht zuerkannt werden soll und der Dringlichkeitsantrag nicht auf die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung gesetzt werden soll.

**Der Antrag wird mit 18 Stimmen gegen 11 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty, GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Krammer, FPÖ – GR. Franz Weindl) angenommen.**

Bearbeiter: Lang

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

**Punkt 1:** Der Bürgermeister berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29. Juni 2006 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Protokoll genehmigt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

**Punkt 2:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Dienstpostenplan für 2006 wie folgt geändert werden soll:

- unter der lfd. Nr. 4, VA-Ansatz 010000, Zentralamt, soll der Zusatz „derzeit Karenz“ eingefügt werden
- unter der lfd. Nr. 4a, VA-Ansatz 010000, Zentralamt, soll ein Dienstposten, Dienstzweig: 71, Vertragsbedienstetenentlohnungsgruppe 5, Beschäftigungsausmaß 32 h/Wo und \*\*) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag eingefügt werden
- unter der lfd. Nr. 25, VA-Ansatz 211100, Hort, soll \*\*) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 26, VA-Ansatz 211100, Hort, soll \*\*) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag eingefügt werden
- unter der lfd. Nr. 29, soll der VA-Ansatz 211100, Hort/Volksschule, auf VA-Ansatz 240100, KG.Schubertstraße 28, KG. Bahnstraße 60, der Dienstzweig von 17 auf 12, die Vertragsbediensteten Entlohnungsgruppe von 2 auf 3 geändert werden und der Zusatz „derzeit Karenz“ gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 32, VA-Ansatz 240000, KG. Schubertstraße 29, soll das Beschäftigungsausmaß von 25 h/Wo auf 40 h/Wo geändert werden
- unter der lfd. Nr. 32a, VA-Ansatz 240000, KG. Schubertstraße 29, soll ein Dienstposten, Dienstzweig: 12, Vertragsbedienstetenentlohnungsgruppe 3, Beschäftigungsausmaß 25 h/Wo, eingefügt werden
- unter der lfd. Nr. 33, soll der VA-Ansatz 240000, KG. Schubertstraße 29, auf VA-Ansatz 240400, KG. Bahnstraße 60, geändert werden
- die lfd. Nr. 34, VA-Ansatz 240000, KG. Schubertstraße 29, soll ersatzlos gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 43, VA-Ansatz 259000, Jugendzentrum, soll \*\*) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 76, VA-Ansatz 833000, Hallenbad, soll \*\*) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 90a, VA-Ansatz 852000, Müllbeseitigung, soll ein Dienstposten, Dienstzweig: 2, Vertragsbedienstetenentlohnungsgruppe 5, Beschäftigungsausmaß 40 h/Wo und \*\*) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag eingefügt werden

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 3:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass von der Firma Lang nachfolgende Fahrzeuge zu einem Pauschalpreis von € 40.560,-- inkl. USt. (Verkehrswert lt. Gutachten von Ing. Robert Golda vom 2.7.2006 gesamt € 41.760,--) angekauft werden, und zwar

LKW Mercedes 1932 K inkl. Kran u. Mannschaftskorb	Verkehrswert € 18.000,--
LKW Mercedes 1928 K 38	Verkehrswert € 12.000,--
Zweiachsige Zugmaschine Deutz D 8006,	Verkehrswert € 2.000,--
Schneepflug Schmidt Nr. 1088,	Verkehrswert € 1.000,--
Tandemvibrationswalze Weber Type DHV 603E	Verkehrswert € 1.200,--
Diverses Zubehör	Verkehrswert € 600,--

Verkehrswert exkl. USt.

Herr GR. Rudolf Stöger gibt bekannt, dass die ÖVP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen kann. Als Begründung wird angeführt, dass das Alter der einzelnen Fahrzeuge sehr hoch, was zur Folge haben könnte, dass die Folgekosten sehr hoch sein können. Herr Bürgermeister Johann Karl stellt hierzu fest, dass allein im Vorjahr für den Kranwagen der Firma Lang inklusive des bereitgestellten Personals ca. € 48.000,-- ausgegeben wurde.

Herr GR. Roman Reissig stellt die Frage, ob in der Stadtgemeinde Gänserndorf genügend Arbeiter angestellt sind, welche diese Geräte bzw. Fahrzeuge fahren bzw. bedienen können, damit die Geräte bzw. Fahrzeuge sinnvoll eingesetzt werden können. Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass am Bauhof genügend Arbeiter angestellt sind, welche diese Voraussetzungen erfüllen.

**Der Antrag wird mit 22 Stimmen gegen 7 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty) angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 4:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Fördermittel vom Amt der NÖ. Landesregierung in Höhe von € 53.500,-- als Eigenmittel für den Ankauf des Rüstlöschfahrzeuges „RLFA 2000“ an die Projektgesellschaft „Telos Mobilien-Leasinggesellschaft m.b.H. & Co. 95 Leasing KG“ weitergeleitet werden sollen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 5:** Herr Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass dem Land NÖ das Erdgeschoß des Gebäudes Rotes Kreuz Gasse 4 (das Erdgeschoß des Gebäudes war an den Verein Psychosoziale Zentren Ges.m.b.H. vermietet – dieser Verein hat mit Schreiben vom 27. Juni 2006 den Mietvertrag unter Einhaltung der vertraglich vereinbarten dreimonatigen Kündigungsfrist – wenn möglich schon früher – gekündigt, das ist der 30. September 2006) im Ausmaß von 72,26 m<sup>2</sup> zu einem derzeitigen Mietzins von € 4,05 + BK + USt. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (mit Indexsicherung – Ausgangsbasis für die Berechnung der Veränderungen ist die für März 2006 verlautbarte Indexziffer), ab 1. Oktober 2006 zum Zweck, dieses als Betreuungsräumlichkeit für eine teilstationäre sozialpädagogische Gruppe des NÖ. Kinder- und Jugendbetreuungsentrums Matzen zu verwenden, vermietet werden soll.

Weiters möge der Gemeinderat den vorliegenden Mietvertrag, abgeschlossen ab 1. Oktober 2006, betreffend Vermietung der Räumlichkeiten im Erdgeschoß des Gebäudes Rotes Kreuz Gasse 4, beschließen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 6:** Herr Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass an

**a) Frau Edeltraud MACZEK** die Gemeindewohnung **Wiener Straße 72/10** (vorm. Neubauer Herta) in der Größe von 48,72 m<sup>2</sup>, bestehend aus 2 Zimmern, 1 Vorraum, 1 Küche, 1 Bad, 1 WC zu einem Mietzins von € 2,08 + BK + USt. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) ab 6.9.2006,

**b) an Frau Jaqueline DITTRICH** die Gemeindewohnung **Wiener Straße 88/E/1** (vorm. Maczek Edeltraud) in der Größe von 40,22 m<sup>2</sup>, bestehend aus 1 Zimmer, 1 Kabinett, Küche, Bad, WC und Vorraum zu einem Mietzins von € 2,08 + BK + Ust. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) ab September 2006) und

**c) an Frau Snezana ZIVKOVIC** die Gemeindewohnung **Ziegelofengasse 3/7** (vorm. Fedra Christine) in der Größe von 53,22 m<sup>2</sup>, bestehend auf 2 Zimmer, Vorraum, 1 Küche, 1 Bad und 1 WC zu einem Mietzins von € 2,08 + BK + USt. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) ab September 2006 (nach Fertigstellung der Sanierung)

vermietet wird.

Weiters möge der Gemeinderat die vorliegenden **Mietverträge**, abgeschlossen ab Übernahme der Wohnung, betr. Vermietung der Gemeindewohnungen

**Wiener Straße 72/10 (Maczek),  
Wiener Straße 88/E/1 (Dittrich) und  
Ziegelofengasse 3/7 (Zivkovic)**

beschließen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 7:** Herr Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass ab September 2006 für den Besuch der Frühbetreuung in den Kindergärten in der Zeit von 06:30 – 07:00 Uhr monatlich pro Kind, welches diese Betreuung in Anspruch nimmt, ein Betrag von € 20,- inkl. Ust. vorgeschrieben werden soll.

Werden Kinder später als in der Anmeldung angegeben abgeholt, so wird bei jeder verspäteten Abholung pro angefangener halben Stunde ein Betrag von € 10,- inkl. Ust. vorgeschrieben.

Herr GR. Franz Weindl gibt hierzu bekannt, dass er gegen diesen Antrag stimmen wird, weil hier wieder eine weitere Belastung für junge Familien beschlossen werden soll.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob der Beitrag für verspätete Abholung ohne Sonderregelung verrechnet wird. Herr Bürgermeister Johann Karl stellt hierzu fest, dass eine Verrechnung unterbleibt, wenn das Kind auf Grund von Elementarereignissen verspätet abgeholt wird. In diesen Fällen müssen die Kindergartenpädagoginnen über die Glaubwürdigkeit der Angaben entscheiden.

**Der Antrag wird mit 28 Stimmen gegen eine Stimme (FPÖ – GR. Franz Weindl) angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 8:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) für das Vorhaben „Straßenbau und Gehwege“ ein Darlehen in Höhe von € 206.000,-- bei der Raiffeisen-Regionalbank Gänserndorf zu einem fixen Zinssatz in Höhe von 4,25 % p.a. auf zehn Jahre (Laufzeit: 10 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, 30/360, Kapitalraten) aufgenommen werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

- b) für das Vorhaben „Sanierung Hallenbad“ ein Darlehen in Höhe von € 300.000,-- bei der Bank Bank Austria Creditanstalt AG zu einem fixen Zinssatz in Höhe von 4,31 % p.a. auf zehn Jahre (Laufzeit: 10 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, 30/360, Kapitalraten) aufgenommen werden soll.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob das Hallenbad jetzt definitiv saniert wird und die in den Zeitungen erschienenen Meldungen über die Errichtung eines Einkaufszentrums am Hallenbadgelände bzw. die Errichtung eines neuen Hallenbades vom Tisch sind. Herr Bürgermeister Johann Karl stellt fest, dass das Projekt über die Errichtung eines Einkaufszentrums bzw. eines neuen Hallenbades interessant gewesen wäre. Leider ist dieses Projekt an der Möglichkeit der Finanzierung gescheitert. Außerdem wird festgestellt, dass bereits mit der Sanierung des Hallenbades begonnen wurde.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 9:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) dem SV OMV Gänserndorf, Sektion Gymnastics, und dem UHC Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 14. Juni 2006 für den UNAS Ball (Veranstalter: UHC-Raika Gänserndorf und SV-OMV-Gänserndorf Gymnastics) am 29. April 2006 ein 40 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**



- b) dem SV OMV Gänserndorf, Gymnastics, auf Grund des Ansuchens vom 1. Juni 2006 für die Veranstaltung vom 27. und 28. Mai 2006 (ASKÖ-Bundesmeisterschaften der Turner) ein 40 %-iger Nachlaß auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

- c) dem SV OMV Gänserndorf, Gymnastics, auf Grund des Ansuchens vom 1. Juni 2006 für die Veranstaltung vom 20. Mai 2006 (NÖ. Landesmeisterschaften in Kunstturnen) ein 40 %-iger Nachlaß auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 10:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund der Empfehlung der Arbeitsgruppe Baum vom 6.7.2007 nachfolgende Bäume geschlägert werden sollen:

- Eschenahorn und Silberlinde in der Hauptstraße (siehe Plan)
- 1 Linde in der Villagasse (siehe Plan)

Herr GR. Franz Weindl stellt die Frage, ob die geschlägerten Bäume nachgesetzt werden. Herr Stadtrat Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass die Bäume nachgesetzt werden. Er kann jedoch zur Zeit nicht sagen, ob die Bäume an der gleichen Stelle nachgesetzt werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 11:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle nachträglich beschließen, dass nach Anboteinholung die Fa. Brentano aus Gänserndorf mit dem Druck der Folder und den Tickets für das Anrufsammeltaxi „MAXI“ beauftragt werden soll. Weiters soll nachträglich beschlossen werden, dass die Versendung der Folder im Gemeindegebiet von Gänserndorf über das Bezirksblatt zu Kosten in der Höhe von € 384,30 inkl. Ust. erfolgen soll.

Die Kosten für 20.000 Stk. Folder (Aufgliederung: 10.000 Stk. Marktgemeinde Strasshof, 1.000 Stk. Marktgemeinde Weikendorf, 9.000 Stk. Stadtgemeinde Gänserndorf) betragen insgesamt € 1.758,68 inkl. USt. Diese Kosten trägt vorerst die Stadtgemeinde Gänserndorf, werden aber anschließend anteilmäßig – nach der Stückzahl – auf die einzelnen Gemeinden aufgeteilt

Die Kosten für 30.000 Stk. Tickets (beidseitiger Druck) betragen € 888,-- inkl. USt. Die Mehrkosten für den Druck auf der Rückseite der Tickets betragen € 264,-- inkl. USt., welche die Bäckerei Geier übernimmt, da die Rückseite mit ihrem Logo bedruckt wird. Somit betragen die tatsächlichen Kosten für die Gemeinden € 624,--. Diese Kosten werden ebenfalls auf die einzelnen Gemeinden prozentuell aufgeteilt. Diese Aufteilung richtet sich nach den tatsächlich durchgeführten Fahrten des AST.

Zusätzlich wird die Bäckerei Geier für die Bewerbung auf den Foldern und den Tickets eine Kostenbeteiligung von € 500,-- leisten.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 12:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die vorliegende Hortordnung (Beilage 2) für den Hort der Volksschule mit Wirksamkeit 1.9.2006 beschlossen werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 13:** Herr Stadtrat Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegender neuer Pachtvertrag mit Frau **Marianne Kunz**, betr. Verpachtung des Restaurant- und Buffetbetriebes im Hallenbad, ab 1.11.2006 abgeschlossen werden soll.

Dieser neue Vertrag soll den bestehenden Pachtvertrag mit Frau Marianne Kunz vom 21.1.1998 ersetzen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 14:** Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass Abgabepflichtigen bei der Verwendung von Müllpressen (dzt. nur vom Barbaraheim bekannt) ein Aufschlag auf die Müllgebühren (Abfallwirtschaftsgebühr + Abfallwirtschaftsabgabe) in Höhe von 15 % in Rechnung gestellt wird.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 15:** Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Ende der Sitzung: 19,50 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die FPÖ:

Für DIE GRÜNEN: